

Proteste sind nicht aus der Welt zu schaffen

Demonstration am Samstag in Frankfurt am Main gegen die Polizeigewalt. Klage vor Verwaltungsgericht.

Gespräch mit Werner Rätz

Gegen den brutalen Großeinsatz der Polizei vor einer Woche wird es am heutigen Samstag eine Solidaritätsdemo für Blockupy in Frankfurt am Main geben. Ist das Polizeivorgehen Ausdruck dessen, dass autoritäre Krisenregimes in Europa und der Türkei gegen antikapitalistische Proteste zunehmend rigider vorgehen?

Auch wenn es keine konkreten Hinweise dafür gibt, dass eine abgesprochene europäische Strategie gibt, so ist erkennbar: Überall dort, wo Krisenproteste eine gewisse Dynamik und die Fähigkeit erreichen, die politischen Verhältnisse zu beeinflussen – nicht einmal zu verändern – gibt es scharfe Polizeirepression. Das war in den vergangenen Jahren in Griechenland, Spanien und Portugal zu sehen – und zeigt sich jetzt aktuell in der Türkei und Frankfurt am Main. In unterschiedlicher Dimension – das Ausmaß der politischen Herausforderung auf der Straße unterscheidet sich stark. In Frankfurt am Main bei Blockupy hat ja selbst das harmlose Begehren von einigen Zehntausend Leuten an dem Objekt des Protestes, der Europäischen Zentralbank (EZB), vorbeigehen zu wollen, eine solche Härte des Einsatzes hervorgerufen. Man möchte sich gar nicht vorstellen, was sie tun werden, wenn hier eine wirkliche Bewegung gegen die Krisenpolitik entsteht. In einem Punkt steht das Land Hessen völlig isoliert da: Die Behinderung der Medien und Angriffe auf Journalisten während der Blockupy-Demonstration hat sogar die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in einem Brief an die hessischen Minister für Inneres und Justiz, Boris Rhein (CDU) und Jörg Uwe Hahn (FDP), scharf kritisiert.

Die Ordensleute für den Frieden und Theologen, die in Frankfurt mitdemonstriert hatten, werfen der Polizei vor, sie mit Propagandalügen überzogen zu haben, um Polizeigewalt zu rechtfertigen. Hat man Sie, als Demo-Anmelder, auch belogen?

Es gehört offensichtlich zur psychologischen Kriegsführung der Polizei mit Lügen zu arbeiten: Sie behauptete, es hätte dort einen schwarzen Block gegeben. Dabei war er bunt, auch wenn einige schwarz gekleidete Leute mitliefen, wie man sie in jeder größeren Gruppe vorfindet. Ich könnte dutzende Beispiele aufzählen: Von angeblichen Gewalttätigkeiten aus dem Block heraus kann keine Rede sein, einzig von begrenzten Verstößen gegen Demo-Auflagen. „Vermummung“ ist in Deutschland als Straftat kategorisiert. Das hat aber nichts mit „Gewalttätigkeiten“ zu tun. Der gesamte antikapitalistische Block hat sich vollständig an unseren gemeinsamen Aktionskonsens gehalten. Fälschlich hat die Polizei mir gegenüber behauptet, im hinteren Teil der Großdemo würden sich Leute an Polizeibeamte wenden, weil sie weitergehen wollten. Wir wissen von unseren eigenen Leuten, dass da dies völlig aus der Luft gegriffen war. Die Stimmung war solidarisch, die Einkesselten wollte niemand allein lassen.

Im Innenausschuss am Donnerstag hat der hessische Innenminister Boris Rhein (CDU) das Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten erneut als „verhältnismäßig und angemessen“ bezeichnet.

Das ist der Kern des Problems. Es ist anzunehmen, dass die Lügen-Strategien von den politischen Vorgesetzten der Polizei ausgegangen sind, die doch demokratisch bestellt sind, um über das Versammlungsrecht als politisches Grundrecht zu wachen: von Rhein und dem Frankfurter Ordnungsdezernenten Markus Frank. Deshalb habe ich im Namen des Blockupy-Bündnisses eine Feststellungsklage in drei Punkten vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt eingereicht. Erstens: das Anhalten der Demo rechtswidrig, zweitens das Einkesseln. Drittens: Falls die Polizei - wie behauptet - all dies unternommen hat, um die Strafverfolgung der Demo M 31 vor einem Jahr so anzugehen, hat sie dazu innerhalb einer bestätigten Demonstration kein Recht. Möglicherweise werden die im Kessel Festgehaltenen eine Sammelklage erheben, bei der es unter anderem um Freiheitsberaubung gehen könnte.

Zur Solidaritätsdemo rufen jetzt der DGB, Die Grünen und SPD auf, die nicht unbedingt die Inhalte der antikapitalistischen Bewegung teilen...

Wir haben im vergangenen Jahr das Problem gehabt, dass es nicht zum Aufschrei der großen demokratischen Organisationen geführt hat, als die Ordnungsbehörde ein Demoverbot erlassen hat. Einzelne Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Grüne, Kirchenleute waren dabei – nicht aber ihre Organisationen. Jetzt sind wir weiter: In der breiten Öffentlichkeit ist angekommen: Antikapitalistische Proteste wie Blockupy sind nicht mit Gewalt aus der Welt zu schaffen.

Interview: Gitta Düperthal

Solidaritätsdemo, Frankfurt, Baseler Platz, 12 Uhr